

Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 24. März 2014

BESCHLÜSSE UND ZUSAGEN

1.	<p>Annahme von Spenden; Genehmigung</p> <p><u>Beschluss (einstimmig):</u></p> <p>Der Annahme der Spenden wird gemäß Anlage zur Sitzungsvorlage zugestimmt.</p>
2.	<p>Tätigkeitsberichte der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Landkreises und der Bodensee Standort Marketing (BSM) GmbH</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Entfällt.</p> <p>Herr Leupold erstattete die Tätigkeitsberichte für die Stabsstelle Wirtschaftsförderung und die Bodensee Standort Marketing GmbH (BSM GmbH). Der „Masterplan“ für die BSM GmbH lag der Sitzungsvorlage bei.</p> <p>Aus der Mitte des Ausschusses wurde der Wunsch nach einer „Erfolgskontrolle“ geäußert (Finanzierung der Projekte, akquirierte Fördermittel, Intensivierung des Sponsorings/auch kommunale Mitfinanzierer, messbare Erfolge der Förderung, u. a. bei den Clustern, die sich nach einer Anschubfinanzierung selbst tragen sollten und bei der Ansiedlung von Betrieben/Halten von Betrieben und gewonnenen Fachkräften, weitere (Kenn)Zahlen und Finanzierungsübersichten).</p> <p>Der Vorsitzende sagte einen Bericht mit ergänzenden Angaben („Erfolgskontrolle, soweit möglich“) zu gegebener Zeit zu.</p> <p>Thematisiert wurde auch die Breitbandversorgung (Backbone-Studie). Hier besteht aus Sicht der Städte und Gemeinden dringender Handlungsbedarf/Firmen wandern sonst ab. Lt. Herrn Leupold ist ein rascheres Vorgehen nicht möglich, die Studie soll in der nächsten Sitzungsrunde vorgestellt werden. Dann kann auch über das weitere Vorgehen beraten werden.</p>
3.	<p>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</p>
3.1	<p>Finanzielle Zuweisungen des Landes für die Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber; Ergebnis einer rechtlichen Prüfung</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Entfällt.</p> <p>Kreisrat Müller-Fehrenbach erkundigt sich nach dem Sachstand.</p> <p>Der Vorsitzende berichtet, dass nur ein konzertiertes Vorgehen Erfolg verspricht. Der Landkreistag erarbeitet deshalb derzeit einen Erhebungsbogen, der dann von den Stadt- und Landkreisen ausgefüllt werden soll. Auf dieser Basis</p>

	<p>soll dann mit dem Land verhandelt werden. Die Gremien werden zu gegebener Zeit unterrichtet.</p>
<p>3.2</p>	<p>Situation beim Vermessungsamt des Landkreises; Entwicklung, Aufgabenstellung und Zukunftsperspektiven</p> <p><u>Beschluss</u></p> <p>Kreisrat Müller-Fehrenbach erkundigt sich nach dem Sachstand (Zusage in der Sitzung des Kreistags am 27.01.2014)</p> <p>Der Vorsitzende berichtet:</p> <p>Drei Vermessungsämter im Landkreis schreiben rote Zahlen. Derzeit finden deshalb Gespräche mit allen Beteiligten statt, die jeweiligen Oberbürgermeister sind informiert. Eine Beratung kann erst nach Abschluss der Gespräche und den darüber hinaus erforderlichen rechtlichen Klärungen erfolgen.</p>
<p>3.3</p>	<p>Hallennutzungsgebühren für die kreiseigenen Sporthallen; Methodik der Berechnungsgrundlagen</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Entfällt.</p> <p>Kreisrat Müller-Fehrenbach erkundigt sich nach dem Sachstand.</p> <p>Der Vorsitzende berichtet, dass die Zahlen aufbereitet werden. Allerdings ersetzt dies nicht die Grundsatzdebatte darüber, ob ggf. Hallennutzungsgebühren erhoben werden sollen. Die weitere Beratung erfolgt zu gegebener Zeit.</p>
<p>3.4</p>	<p>Erhöhte Zuweisungen des Bundes für die Eingliederungshilfe</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Entfällt.</p> <p>Kreisrat Jürgen Leipold teilt mit, dass die Regelung im Koalitionsvertrag jetzt offensichtlich anders umgesetzt werden soll.</p> <p>Der Vorsitzende berichtet, dass es 2014 kein Geld geben wird. Für 2015 -2017 wird jeweils 1 Mrd. € verteilt, auf den Landkreis entfallen davon ca. 2 Mio. €. Ab 2018 bzw. 2019 soll dann noch mehr Geld fließen.</p> <p>Entscheidend ist jedoch, wie die Mittel zugewiesen werden. In den einzelnen Bundesländern gibt es verschiedene Strukturen und eine Erstattung über einen erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer würde bedeuten, dass die Zuweisungen in Baden-Württemberg bei den Städten und Gemeinden ankommen, obwohl die Stadt- und Landkreise Träger der Eingliederungshilfe sind. Daher hat sich der Deutsche Landkreistag darauf verständigt, dass das Geld dort ankommen soll, wo es auch ausgegeben wird und wird dem Bund eine entsprechende Forderung übermitteln.</p>

Kreisrat **Ostermaier** gibt zu Protokoll, dass man sich nicht wundern muss, wenn die Politikverdrossenheit immer weiter zunimmt. Der Koalitionsvertrag zählt offensichtlich nicht mehr, der Bund bzw. die Regierung stiehlt sich mit fadenscheinigen Ausreden aus der Verantwortung.